

Notruf nach dem Hausarzt

Medizin Der Kanton Thurgau will mit einem Leitfaden den Mangel an Hausärzten bekämpfen. Handeln müssen jedoch vor allem die Gemeinden. Die Lage ist nicht hoffnungslos: Bei guten Arbeitsbedingungen würden junge Ärzte sogar aufs Land ziehen.

Michael Genova

michael.genova@ostschweiz-am-sonntag.ch

Die glücklichsten Schweizerinnen und Schweizer leben laut einer Umfrage in der Thurgauer Gemeinde Berg. Doch sogar die Einwohner dieses Trauort sind nicht ohne Sorgen: Der einzige Hausarzt ist bereits pensioniert und wird sich in den nächsten Jahren zurückziehen. «Wir pflegen diverse Kontakte, aber zurzeit ist noch kein Nachfolger in Sicht», sagt Gemeindepräsident Max Soller.

So wie Berg geht es auch vielen anderen Dörfern. Schon heute gibt es in 40 Prozent der Thurgauer Gemeinden keinen Hausarzt mehr. Und die Aussichten sind düster: 44 Prozent der Gemeindevertreter glauben, dass bis in fünf Jahren die ärztliche Grundversorgung noch knapp ausreichend oder nicht mehr ausreichend sein wird. Dies zeigt eine aktuelle Umfrage des kantonalen Programms «Brennpunkte Gesundheit» bei allen Thurgauer Gemeinden.

Nicht nur kleine Dörfer sind betroffen

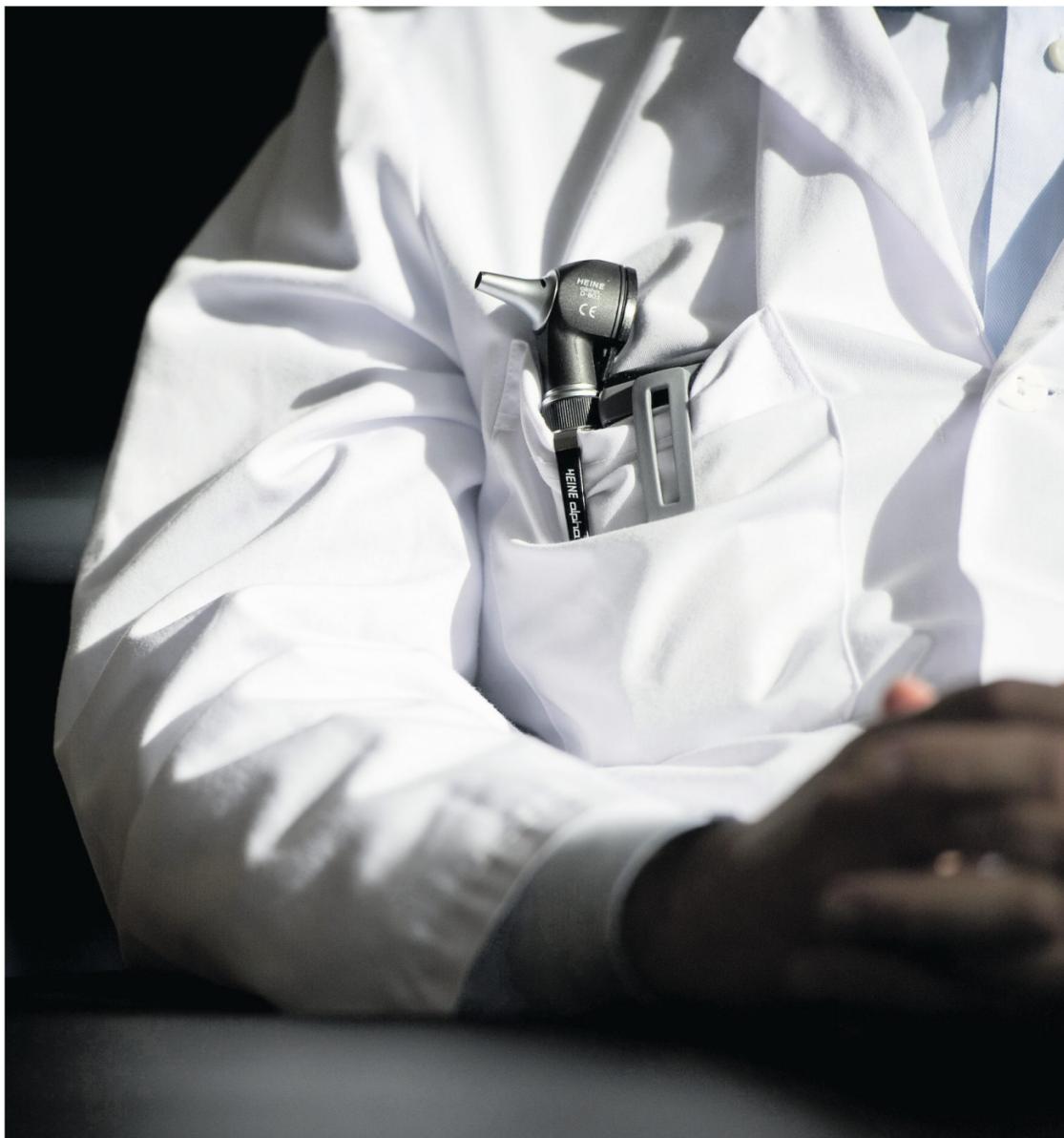
Seit einigen Monaten untersucht eine Projektgruppe im Auftrag des Kantons Thurgau, was die Gemeinden gegen den drohenden Hausärztemangel tun können. Den Anstoss dazu gab der Verband Thurgauer Gemeinden. Ein erstes Zwischenergebnis bestätigt nun: «Die hausärztliche Grundversorgung ist gefährdet», sagt Projektleiter Christoph Tobler. Es brauche Bemühungen, um eine künftige Unterversorgung zu verhindern. Ziel des kantonalen Projekts ist es, konkrete Handlungsempfehlungen für Gemeinden zu erarbeiten.

Am kritischsten wird laut Christoph Tobler die Situation nicht etwa in den kleinsten Gemeinden beurteilt. Dort hätten sich die Einwohner damit arrangiert, den Hausarzt in einer Nachbargemeinde aufzusuchen. Die erstaunliche Erkenntnis: Vor allem Vertreter mittelgrosser Gemeinden mit 1000 bis 2000 Einwohnern äussern sich besorgt über die ärztliche Grundversorgung. Ebenso Gemeinden mit über 5000 Einwohnern, wo es bereits heute etliche Praxen mit Aufnahmestopp gebe. Auch geografisch existieren Unterschiede. Zurzeit bezeichnen die Befragten die Versorgungssituation im Thurgau entlang des Bodensees vorwiegend als gut. Schlechtere Noten erhalten die Regionen um Weinfelden, Amriswil und Sirnach.

Erste-Hilfe-Koffer für Gemeinden

Zurzeit stellt die Thurgauer Projektgruppe eine Art Erste-Hilfe-Koffer zur Sicherung der ärztlichen Grundversorgung zusammen. So empfiehlt Christoph Tobler Gemeinden etwa, mit ihren Hausärzten permanent im Austausch zu sein. «Sie sollten über deren Zukunftspläne im Bild sein.» Stehe eine Nachfolgeregelung an, könnten sie ein Projekt anstossen und alle Beteiligten einbinden. Gemeinden können laut Tobler Ärzte aber auch direkt unterstützen, indem sie Partner oder Liegenschaften vermitteln oder sich finanziell beteiligen.

In der Projektgruppe engagiert sich auch Gemeindepräsident Soller, der in den vergangenen Jahren verschiedene Wege geprüft hat. So suchte er das Gespräch mit grösseren Gemeinschaftspraxen aus dem Raum Weinfelden und versuchte sie davon zu überzeugen, in Berg eine Aussenstelle zu eröffnen. Bislang ohne Erfolg. Trotzdem gibt es Grund zur



Die Einzelpraxis ist ein Auslaufmodell, junge Ärztinnen und Ärzte wollen lieber in einem Team arbeiten.

Bild: Ralph Ribi

«Gemeinden sollten über die Zukunftspläne ihrer Hausärzte im Bild sein.»

Christoph Tobler
Thurgauer Gesundheitsexperte

Hoffnung. Er sei im Kontakt mit einem Arzt, der in Berg eine Gemeinschaftspraxis eröffnen wolle, sagt Soller. Zwar seien noch einige Hürden zu überwinden, doch allmählich sehe er Licht am Ende des Tunnels.

Für Gemeinden in einer ähnlichen Situation stellt sich die Frage, wie stark sie sich engagieren sollen. Das sei letztlich eine politische Entscheidung, sagt Soller. «Die Berger Bevölkerung und der Gemeinderat wären bereit, etwas zu investieren.» Man müsse einem Arzt keine neue Praxis hinstellen. Über einen finanziellen Beitrag oder ein günstiges Darlehen könne eine Gemeinde jedoch

Berufstätige Hausärzte im Jahr 2016

Kanton	Anzahl Ärzte	Einwohner	Anzahl Ärzte/1000 Einwohner
AI	13	15 974	0,81
AR	51	54 543	0,94
SG	445	499 065	0,89
TG	217	267 429	0,81
Schweiz	8009	8 327 126	0,96

Quelle: FMH-Ärzttestatistik, BFS Wohnbevölkerung/Tabelle: fr

Anreize schaffen. Andere Thurgauer Gemeinden habe dies bereits getan. Ermatingen und Salenstein beteiligten sich 2012 finanziell an den Vorarbeiten für eine Gemeinschaftspraxis. Die Gemeinde Kemmental hat in einer neuen Alterssiedlung mit 20 Wohnungen eine Arztpraxis eingerichtet. Und Diessenhofen unterstützte die Gründung einer Gemeinschaftspraxis mit einer Bürgschaft über 700 000 Franken.

Die Provinz ist noch immer attraktiv

Eine modern eingerichtete Arztpraxis alleine genügt jedoch nicht. Bislang fehlen junge Hausärztinnen und Hausärzte, die bereit sind, eine Einzelpraxis zu übernehmen. Doch eine aktuelle Studie des Berner Instituts für Hausarztmedizin gibt Anlass zur Hoffnung. Die Umfrage ergab, dass 43 Prozent der jungen Hausärzte am liebsten auf dem Land arbeiten würden, für die Stadt entschieden sich

lediglich 17 Prozent. Allerdings müssen die Arbeitsbedingungen stimmen: Eine überwiegende Mehrheit bevorzugt die Arbeit in einer Gruppenpraxis und möchte in den ersten Berufsjahren im Angestelltenverhältnis arbeiten. Innerhalb von fünf Jahren könnten sich jedoch 90 Prozent der jungen Hausärzte vorstellen, selbstständig zu arbeiten.

Für Christoph Tobler ist deshalb klar: «Gruppenpraxen sind das Modell der Zukunft.» Er empfiehlt Ärztinnen und Ärzten vor der Pensionierung, ihre Einzelpraxis in eine grössere Einheit einzubringen. Als besonders wegweisend könnten sich grössere Gemeinschaftspraxen erweisen, die in mehreren Dörfern Aussenstellen betreiben. So wie das Schlossberg-Ärztzentrum in Frauenfeld, dem kleinere Praxen in Islikon und Matzingen angeschlossen sind.

Neben den konkreten Empfehlungen für Gemeinden, will die Thurgauer Projektgruppe auch eine Art Richtplan für

«Junge Ärzte wollen die finanzielle Belastung einer Praxis immer weniger tragen.»

Heidi Hanselmann

St. Galler Gesundheitsdirektorin

die hausärztliche Grundversorgung erstellen. «Wir wollen für jede Region aufzeigen, wie viele Ärzte und welche Praxismodelle es braucht», sagt Tobler. Zudem solle die Arbeit auch nach Abschluss der Studie weitergehen. Die Projektgruppe empfiehlt deshalb die Schaffung einer Anlaufstelle, die Gemeinden und Ärzte mit Kontakten und Wissen versorgen soll. Die Trägerschaft einer solchen Stelle ist zurzeit noch offen.

Ärztinnen wollen Teilzeit arbeiten

Die Zahl der berufstätigen Hausärzte pro 1000 Einwohner liegt in den Ostschweizer Kantonen unter dem Schweizer Durchschnitt (siehe Tabelle). Trotzdem erfüllt etwa der Kanton St. Gallen auf dem Papier die gesetzlichen Anforderungen. Ende August waren 379 Fachärzte für Allgemeine Innere Medizin und 164 praktische Ärzte zugelassen. In der Realität sehe es aber anders aus, weil Teilzeittätigkeit und die Konzentration in den städtischen Gebieten eine wichtige Rolle spielten, sagt die St. Galler Gesundheitsdirektorin Heidi Hanselmann. «Das führt dazu, dass die Versorgung nicht überall ausreichend ist.»

Der Kanton St. Gallen hat deshalb schon früh die Möglichkeit einer Praxisassistenten eingeführt, und seit 2008 gibt es ein spezielles Programm für die Weiterbildung zur Hausärztin oder zum Hausarzt. Angehende Ärzte können in der Praxis eines Hausarztes ein sechsmonatiges Praktikum absolvieren. Oder sie entscheiden sich für das zweijährige, speziell auf die Hausarztmedizin ausgerichtete Curriculum. Die Plätze für dieses Hausarzt-Curriculum sind begehrt und jeweils schnell ausgebucht. Ab 2020 will der Kanton in St. Gallen zudem ein Masterstudium in Humanmedizin anbieten. «Wir hoffen, damit junge Menschen für die Hausarztmedizin zu gewinnen», sagt Heidi Hanselmann.

Wie die Thurgauer Projektgruppe empfiehlt auch die St. Galler Gesundheitsdirektorin den Gemeinden, attraktive Rahmenbedingungen zu schaffen. Es brauche Praxen, die junge Ärztinnen und Ärzte in einem Teilzeitpensum anstellen. «Es muss bedacht werden, dass die junge Ärzteschaft die finanzielle Belastung einer Praxis immer weniger tragen möchte.» Ein Merkblatt für St. Galler Gemeinden gibt es im Moment nicht. Es sei aber ein systematischer Austausch mit dem Gesundheitsdepartement aufgegleist, sagt Hanselmann. Sollten die Gemeinden eine permanente Anlaufstelle nach Thurgauer Vorbild wünschen, wäre ein solches Angebot prüfenswert.